Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. **Freitag, den 27. September 1878.** **Nr. 452.**

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, unsere telegraphischen Depeschen sind so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin den auswärtigen, namentlich den orientalischen Angelegenheiten, eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden ebenso für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen. Der Preis der einmal täglich erscheinenden **Pommerschen Zeitung** beträgt auf allen Postanstalten außerhalb vierteljährlich nur **eine Mark fünfzig Pfennige.** Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark,** in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.**

Die Redaktion.

Deutschland.

** **Berlin,** 26. September. Das Schreiben des Papstes an den Kardinal Nina scheint ein Dokument von erfreulicher Bedeutung zu sein. Die Neigung und Hoffnung des Papstes in Bezug auf den Frieden mit den verschiedenen Staaten war in keinem der bisherigen Schriftstücke in so warmer und bestimmter Weise ausgedrückt. Es ist namentlich von Bedeutung, daß der Papst geradezu ausspricht, daß die Initiative der Verhandlungen mit Deutschland von ihm ergriffen worden sei. Auch der Ton, in welchem er von der hohen Weisheit Derer spricht, welche die Geschicke des deutschen Reiches in ihren Händen halten, ist beachtenswerth im Vergleich mit den Kundgebungen, an die Pius IX. die Welt gewöhnt hatte. Endlich ist zu bemerken, daß der Papst allerdings als eine Folge der Versöhnung auch eine andere Stellung der Katholiken zur Regierung voraussetzt. Es wird abzuwarten sein, welche Schritte in Verfolg dieses Schreibens geschehen werden.

In der letzten Zeit hat die Haltung der Staatssozialisten besonders gegenüber dem Sozialistengesetz Aufmerksamkeit erregt. Es ist in dieser Beziehung beachtenswerth, daß in dem Blatte, welches bereits mehrfache Wandelungen durchgemacht hat, neuerdings vornehmlich dieselbe Koterie von Sozialpolitikern Boden gewonnen hat, welche früher in der „Eisenbahnzeitung" und der „Reichsglocke" das Wort geführt hat.

Die von dem „Avenir militaire" gebrachte Erzählung von einem Konflikte sächsischer und preußischer Offiziere bei den sächsischen Manövern gehört absolut in das Reich der Fabel.

Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, hat sich zur Theilnahme an der Enthüllungsfeier in Köln gestern Abend dorthin begeben, um in der nächsten Nacht hierher zurückzukehren. Er wird daher nur der heutigen Sitzung der Sozialistenkommission fern bleiben.

Unter den Gesetzentwürfen, welche zur Zeit der Berathung des Staatsministeriums unterliegen, befinden sich auch der Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr nebst Ausführungsbestimmungen und der Entwurf eines Vertrages, betr. die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Durchführung und Fortbildung dieser Vereinbarung.

In Folge des vor Kurzem stattgehabten Brandes eines Eisenbahn-Postwagens, der wahrscheinlich durch ein mit Feuerwerkskörpern gefülltes Packet verursacht wurde, hat der Generalpostmeister in einer Verfügung vom 24. d. M. die Postanstalten darauf aufmerksam gemacht, daß solche Sendungen zur Post nicht angenommen werden dürfen, welche nach § 11 der Postordnung von der Beförderung mit der Post ausgeschlossen sind.

Behufs anderweiter Regelung der telegraphischen Beziehungen mit Rußland ist auf Grund des Artikels 17 des zu St. Petersburg vereinbarten internationalen Telegraphenvertrages und des Artikels 14 des dazu gehörigen Dienstreglements ein Uebereinkommen geschlossen worden, welches auf folgenden Grundsätzen beruht: 1) Beseitigung des Grenzbezirks und Einführung einer Einheitstaxe für das gesammte europäische Rußland; 2) Einführung des Worttarifs, 3) thunlichste Vereinfachung der Abrechnung. Für die deutschen Telegraphen-Anstalten treten vom 1. Oktober d. J. in Folge dieses Uebereinkommens neue Bestimmungen in Kraft

Berlin, 26. September. Das Schreiben des Papstes an den neuen Staatssekretär Kardinal Nina beschäftigt sich neben anderen Fragen auch mit den Unterhandlungen über die Beilegung des Kulturkampfes in Preußen bezw. Deutschland. Als durch den am 1. August erfolgten Tod des Kardinals Franchi ein Wechsel in der Person des Staatssekretärs herbeigeführt worden war, hatte die Besorgniß Ausdruck gefunden, sein Nachfolger möchte die seit dem Ableben des kriegerischen Pius IX. bei der Kurie hervorgetretene friedfertige Haltung verlassen. In dem Schreiben des Papstes, das gewissermaßen als eine General-Instruktion für den neuen Staatssekretär gelten darf, findet man namentlich Deutschland gegenüber den versöhnlichen Ton wieder, den Leo XIII. bald nach Antritt seines Pontifikats angeschlagen hatte. Offenbar ist das Schreiben bald nach dem Amtsantritt Nina's erlassen und nachdem die Kissinger Verhandlungen einen vorläufigen Abschluß erhalten hatten.

Die vielfach bestrittene Frage, ob jene Verhandlungen von Rom aus oder von Berlin aus eingeleitet worden seien, läßt auch das vorliegende Schreiben im Dunkeln; der Briefwechsel zwischen Leo XIII. und Kaiser Wilhelm hätte das erfreuliche Ergebniß gehabt, „daß freundschaftliche Verhandlungen eingeleitet worden seien" — in dieser Weise läßt das päpstliche Schreiben es unbestimmt, von welcher Seite die Einladung zu denselben ergangen ist, daß aber bei diesen Verhandlungen es nicht des Papstes Absicht gewesen, einen Waffenstillstand zu erzielen, sondern einen wahren und dauerhaften Frieden zu erlangen, wird ausdrücklich hervorgehoben. Es schließt sich daran die folgende bemerkenswerthe Erklärung:

„Die Wichtigkeit dieses Zieles, von der hohen Weisheit derjenigen, welche die Geschicke des deutschen Reiches in ihren Händen halten, richtig erwogen, werde dieselben, wie der Papst vertraue, dahin führen, ihm die Freundeshand zu reichen, um das Ziel zu erlangen. Die Kirche würde ohne Zweifel glücklich sein, den Frieden in Deutschland wiederhergestellt zu sehen, aber auch das Reich würde glücklich sein, welches, nachdem die Gemüther beruhigt wären, in den Söhnen der katholischen Kirche wie ehedem seine treuesten Unterthanen finden würde."

Es ist hieraus zu entnehmen, daß bei den Kissinger Verhandlungen nichts hervorgetreten sein kann, was das Vertrauen des Papstes in die Erlangung des bezeichneten Zieles hätte erschüttern müssen. Jene Besprechungen hätten also den Boden für die Friedensverhandlungen geebnet, so daß dem neuen Staatssekretär nunmehr die Aufgabe zufällt, unmittelbar in dieselben einzutreten. Wenn als das Ziel dieser Verhandlungen „ein wahrer und dauerhafter Friede" hingestellt wird, so hat man es mit diesen Ausdrücken wohl so genau nicht zu nehmen. In der Regel pflegen ja Friedensverträge auf „ewige Zeiten" abgeschlossen zu werden, auch wenn beide Kontrahenten innerlich von der geringen Dauerhaftigkeit derselben überzeugt sind. Andererseits kann darüber kein Zweifel bestehen, daß die Kurie einen derartigen „ewigen" Frieden ohne Preisgebung ihrer unabänderlichen Prinzipien nur mit einem sich ihr unterwerfenden Deutschland abzuschließen vermag. Es wird sich daher auch im besten Falle immer nur um ein zeitliches Uebereinkommen handeln. Wir wollen uns wahrlich an dem Worte nicht stoßen, in Rom wird man's wohl ebensowenig thun. Worauf es beiden Theilen allein ankommen kann, ist, daß der Kriegszustand, die gegenseitige Schädigung wichtiger Interessen aufhört. Darüber wird wohl, gleichviel welche Ausdrücke in den amtlichen Schriftstücken gebraucht werden, Einverständniß herrschen. Gleichwohl bleibt es fraglich, ob die Kurie lediglich auf der Grundlage des status quo zu irgend einem Abschluß die Hand wird bieten wollen; die in dem päpstlichen Schreiben gewählten Ausdrücke scheinen auf das Gegentheil hinzuweisen. Und da tritt dann wieder die Frage in den Vordergrund: was kann Rom bieten? Leo XIII. nimmt für die katholische Kirche den Besitz der Kraft in Anspruch, um auch heute noch den moralischen Uebeln der Gesellschaft entgegenzuwirken und stellt in Aussicht, daß nach einem Friedensschluß mit Deutschland dieses „in den Söhnen der katholischen Kirche, wie ehedem, seine treuesten Unterthanen" finden würde.

Nach der Haltung, welche das Centrum seit dem Beginn der Ausgleichs-Verhandlungen eingenommen und konsequent festgehalten hat, kann es zweifelhaft sein, ob Leo XIII. in Betreff der deutschen Katholiken nicht mehr verspricht, als zu erfüllen in seiner Macht steht. Unsere Klerikalen lernen jetzt Unterscheidungen machen, die zu dem früher so gepriesenen Kadavergehorsam gar nicht mehr passen, und es muß abgewartet werden, wie die Kundgebung des päpstlichen Willens, die mittelbar auch an ihre Adresse gerichtet zu sein scheint, dort aufgenommen werden wird. Wie aber auch die Dinge verlaufen werden, so spricht doch ein zugleich so überzeugter als freundlicher Ton aus dem päpstlichen Schreiben, daß es einen guten Eindruck nicht verfehlen kann. Wir können, wenn wir die wohlwollenden Gesinnungen des Papstes in solcher Weise hervortreten sehen, nie die Besorgniß los werden, daß er sich über die Grenzen des Durchführbaren noch einem Optimismus hingiebt, dem allzuleicht die Enttäuschungen auf dem Fuße folgen.

— Bei einer Besprechung der Kommissionsberathungen über das Sozialistengesetz hebt die „B. A. C." die besonderen Schwierigkeiten hervor, welche der Herstellung einer Rechtskontrole entgegenstehen. Sie schreibt:

„Alle Welt ist darüber einig, daß durch die Einsetzung einer unabhängigen Behörde, welche zufolge ihrer Zusammensetzung eine Bürgschaft für die Objektivität ihrer Entscheidungen giebt, dafür gesorgt werden muß, daß die in § 1 gegebenen Definitionen auch wirklich innerhalb der ihnen dort gezogenen scharfen Grenzen bei der Ausführung des Gesetzes in Geltung bleiben und nicht von den ausführenden Behörden, ohne daß denselben dabei eine ungestattete Absicht unterstellt zu werden braucht, nach willkürlicher Ausdeutung überschritten werden. Die Schwierigkeit besteht nur darin, diese Idee praktisch zu gestalten. Die verschiedensten Anforderungen und Bedenken laufen hier neben einander her, so daß jeder Vorschlag, der bisher von der einen Seite gemacht wurde, stets noch einem Widerspruch von einer andern Seite her begegnete.

Baiern ist gegen die Einsetzung des zu diesem Zwecke zu verstärkenden Bundesamtes für Heimathswesen als Rekursinstanz für Beschwerden, die gegen auf Grund dieses Gesetzes ergangene Maßregeln der Landespolizeibehörden erhoben werden, weil das Königreich Baiern seine eigene Heimathsgesetzgebung hat und demgemäß die Kompetenz des genannten Bundesamts sich auf Baiern nicht erstreckt.

Würtemberg ist gegen den Anschluß des Instanzenzuges, der in diesem Gesetz festzustellen ist, an den Instanzenzug der Verwaltungsgerichtsbarkeit, weil diese nicht überall in derselben Weise wie für einen Theil der preußischen Monarchie geordnet ist. Die meisten Bundesstaaten tragen überhaupt Bedenken, aus Anlaß dieses Gesetzes irgend einer Einrichtung zuzustimmen, welche durch Einsetzung eines neuen Reichsamtes die Kompetenz des Reichs erweitert. Diesem Bedenken ist denn auch der in die Vorlage des Bundesraths aufgenommene Vorschlag entsprungen, daß der Bundesrath, d. h. die Vertretung der Regierungen als solcher, als Rekursinstanz eingesetzt werde und die Entscheidung durch einen aus seiner Mitte zu bildenden besonderen Ausschuß ausübe. Inzwischen wird sich doch schließlich aus diesen Klippen, die von allen Seiten aufragen, ein Ausweg finden müssen, auf welchem das Gesetz in den Hafen gebracht werden kann. Die Reihe der für die Bildung der Rekursinstanz gemachten Vorschläge ist mit den bisher vorliegenden noch nicht abgeschlossen, und selbst wenn in der ersten Lesung durch Ablehnung aller der Kommission vorliegenden Vorschläge eine Lücke bleiben sollte, wird immer noch bei der zweiten Lesung auf eine Ausfüllung derselben gerechnet werden können. Man kann nach alledem sagen, daß durch die bisherigen Beschlüsse der Kommission, die übrigens ja noch keine definitiven sind, sondern erst die Probe der zweiten Lesung bestehen müssen, die Aussichten für das Zustandekommen des Sozialistengesetzes sich seit der ersten Lesung desselben im Plenum in keiner Weise verschlechtert haben; andererseits kann aber, so lange die Frage der Reichskontrole noch keine Lösung gefunden hat, auch noch nicht davon gesprochen werden, daß das Zustandekommen des Gesetzes jetzt gesicherter sei, als vor der Aufnahme der Kommissionsberathungen. Nach wie vor wird indessen eine Mehrheit der Kommission, welcher eine Mehrheit im Reichstage entspricht, mit demselben Eifer und Ernst, der von Anbeginn an sie beseelte, dahin wirken, das Zustandekommen des Gesetzes zu sichern."

— Es ist von einiger Bedeutung, daß die russische Presse begonnen hat, offen die Erscheinungen des Nihilismus und seine literarischen Erzeugnisse zu besprechen. Revolutionäre Fragen in russischen Blättern ohne darauf folgende Strafe erörtern zu dürfen, ist kaum erhört in Rußland. Freilich würde man wohl vergeblich nach einem Blatt suchen, das sich auch nur mit einer Möglichkeit auf die Seite des Nihilismus stellen wollte. Hier wäre die Polizei alsbald in Thätigkeit. Aber es ist schon merkwürdig genug, daß die privilegirte Residenzpresse gestehen darf, politisch-revolutionäre Schriften erhalten zu haben und sie zu besprechen. Soweit diese Presse in dem Sinne gegen den Nihilismus vorgeht, wie es gegenwärtig der „Golos" thut, so weit wird sie natürlich bei der Regierung Unterstützung finden. Aber es ist erfahrungsmäßig eine zweischneidige Sache mit solchen Vorgängen. Die Presse kämpft an der Seite der Regierung gegen die Revolution, vielleicht mit Erfolg. Dann kommt aber früher oder später ein Moment, wo die Uebereinstimmung der Meinungen nicht so vollständig als in jenen Fragen ist, und wo die Presse nun ihre Selbstständigkeit eben so verwerthen will. Dann aber sagt die Regierung: nein, hier hört die Freundschaft auf und die Freiheit des Druckens, und eine Ausdehnung, ein Generalisiren der besonders ertheilten Erlaubniß ist nicht statthaft. Und dann erkennt die Presse, daß sie nur der Lastesel der Regierung war. Es sollte uns nicht wundern, wenn gar bald irgend ein Residenzblatt es sich einfallen ließe, bei Gelegenheit der Nihilistenschriften auch andere Dinge von geringerer Wichtigkeit zu besprechen und wenn dabei die polizeilichen Erfahrungen einträten. Es ist übrigens genügend, einen Blick auf die Presse außerhalb der Residenz zu werfen, um zu erkennen, daß solche Artikel, wie der „Golos" sie über die nihilistischen Schriften bringt, keineswegs als Symptome der Preßfreiheit aufzufassen sind. Während der „Golos" vorn an der Spitze seines Blattes recht ungenirt revolutionäre Fragen erörtert, findet sich hinten z. B. folgende Erzählung über Censurverhältnisse in Samara:

„Herr P. Ippolitow theilt der „Russ. Welt" u. A. mit, er habe dem mit vergrößertem Programme neuerdings vor das Publikum hinaustretenden „Ssaratower Intelligenzblatte" ein Manuskript zum Drucke zugehen lassen. Dasselbe war mit „Praktischer Rathschlag eines Landmannes an die Landschaft" betitelt und beantragte im Hinblick auf das Auftreten der Viehseuche die Ausarbeitung praktischer Regeln seitens der Landschaft, so für die Isolirung der infizirten Thiere, für Präservation der gesunden, für Desinfizirnng der Ställe u. s. w. Das Manuskript wurde nicht gedruckt. Wohl aber hatte der Censor demselben die genug denkwürdige Note zugefügt: „Die bezeichneten Maßnahmen sind im Gesetze ausgeführt; man hat sich über die Unwissenheit zu wundern." Kurz und gut! worüber in den mehren Dutzend Gesetzesbänden schon geschrieben worden ist, darüber hat man in der Provinzialpresse nicht mehr zu schreiben, welche Unwissenheit, den „Swod Sakonow" (Gesetzessammlung) nicht zu kennen.

— Wie mehreren Provinzialblättern von hier gemeldet wird, haben die Verhandlungen mit Rußland wegen Erleichterung des Grenzverkehrs zum Abschluß einer Konvention geführt, deren Unterzeichnung demnächst erfolgen soll.

— Wie „W. T. B." aus London von heute meldet, beschäftigen sich die Morgenblätter abermals mit der Angelegenheit Afghanistans. Die meisten

vorzuwerfen ein energisches Vorgehen gegen Afghanistan und halten eine bloße militärische Demonstration für unzulänglich. Die „Times" empfiehlt die Besetzung einiger wichtiger Punkte Afghanistans noch vor Eintritt des Winters. Nach einem Telegramm der „K. Z." aus London werden weitere friedliche Versuche bezüglich Afghanistans unterlassen. Der Feldzug dürfte sofort beginnen; Truppen werden bei Quettah und Thull konzentrirt, um einerseits gegen Kandahar vorzurücken, wodurch Kabul von Herat getrennt würde, andererseits, um durch das Kurumthal nach dem Loguthal vordringend, Kabul von Gasni abzuschneiden. Ein Vormarsch durch den Khaiberpaß gegen Kabul scheint vorerst nicht beabsichtigt, doch wird versucht werden, dessen Stämme freundlich zu gewinnen. Anderweitigen Meldungen zufolge sollen die afghanischen Grenzstämme, auf deren freundschaftliche Gesinnung man bei der gegen Schir Ali geplanten Unternehmung rechnen zu können hoffte, sich sehr unruhig gezeigt und der Expedition Sir Neville Chamberlain's Schwierigkeiten bereitet haben. Mit Rücksicht auf diese beunruhigenden Nachrichten halte es die Regierung für angezeigt, vorläufig von kriegerischen Maßnahmen gegen den afghanischen Despoten abzusehen.

Wie weit diese Meldung begründet ist, läßt sich hier nicht kontroliren; es scheint aber richtig zu sein, daß Lord Lytton, der indische Vicekönig, sofortige militäische Demonstrationen an der Grenze für unbedingt nothwendig hält, um die Grenzstämme einzuschüchtern. Man wird gegenwärtig um so vorsichtiger vorgehen müssen, als sich auch in Birma Dinge vorzubereiten scheinen, welche die Aufmerksamkeit der indischen Regierung in hohem Grade beanspruchen werden. Am 11. September ist der König von Birma gestorben. Wie der „Times" aus Kalkutta gemeldet wird, hat er in seinem Testament seine beiden Söhne, Myoung Yaw und Three Baw, als alternative Nachfolger ernannt, wobei er edoch dem letzteren den Vorzug giebt. Beide Prinzen haben den Palast verlassen und in der britischen Botschaft Zuflucht gesucht. Die Meldung vom Tode des Königs entbehrt indeß noch der amtlichen Bestätigung. Aller Handels-Verkehr hat aufgehört, aber in Mandalay herrscht Ruhe. Die englischen Behörden sind bemüht, ernste Verwickelungen zu verhindern.

Ausland.

Wien, 24. September. Das „Fremdenblatt" ist der Ansicht, daß die Besetzung aller militärisch wichtigen Punkte des Okkupationsgebietes in acht bis zehn Tagen durchgeführt sein wird. Das Blatt betont sodann, daß es den berufenen Faktoren sehr ferne liege, auf halbem Wege stehen zu bleiben oder gar das begonnene Werk rückgängig zu machen. Die bisherigen Opfer seien größer und schwerer, als dies in den Tagen des Berliner Kongresses erwartet werden konnte. Der Regierung erwachse daher die Pflicht, die Pazifikation in der Weise durchzuführen, daß sie der Monarchie zu dauerndem Segen gereiche. Dazu sei eine Auseinandersetzung mit der Pforte über die rechtliche Stellung des eroberten Landes wünschenswerth; die ehemaligen Unterthanen des Sultans würden sich um so bereitwilliger der neuen Ordnung fügen, je vollständiger das Verhältniß zu ihrem früheren Landesherrn auch nach der rechtlichen Seite hin geklärt werde. Die gebrachten Opfer seien zu kostbar, die noch zu überwindenden Schwierigkeiten zu groß, als daß die Regierung auf die Mitwirkung auch nur eines Faktors verzichten könnte, der die Ueberwindung der noch zu bewältigenden Schwierigkeiten erleichtern könnte. — Es scheint durch diese Ausführungen der Gedanke einer Annexion der okkupirten Provinzen des osmanischen Reiches in die österreichisch-ungarische Monarchie plausibel gemacht worden zu sein.

Wien, 25. September. Je erfolgreicher die militärische Aktion in Bosnien fortschreitet — und das ist thatsächlich der Fall — desto günstiger gestaltet sich die Position des Grafen Andrassy nach Innen und Außen. Lassen auch einzelne Erscheinungen jenseits und diesseits der Leitha ahnen, daß sich in den konstitutionellen Körperschaften beider Reichshälften ein schwarzes Unwetter über das Haupt des Grafen Andrassy zusammenzieht, so läßt sich doch schon heute mit einiger Sicherheit prognostiziren, daß er mit der Thatsache der vollendeten Unterwerfung Bosniens an der Hand sich den ihm dräuenden Stürmen gewachsen zeigen wird. Graf Andrassy hat, wenn schon alle Stricke reißen sollten, doch ein Argument auf dem Lager, welches, namentlich bei seinen Landsleuten, niemals seine Wirkung verfehlen kann. Er braucht nur darauf hinzuweisen, daß die österreichische Position in Bosnien eine unerläßliche sei, um zur gegebenen Zeit Bulgarien von den Russen frei zu machen und es dauernd von ihnen frei zu erhalten, und man darf sicher sein, daß die enragirtesten Widersacher seiner Okkupationspolitik in den Reihen der ungarischen Opposition Anstand nehmen werden, ihm keine Absolution zu ertheilen. Schließlich aber, abstrahirt von allen persönlichen Velleitäten, möchten wir doch den Mann in den Reihen der Opposition in Oesterreich-Ungarn kennen lernen, der heute den Wahnwitz begehen und die Verantwortlichkeit für die Forderung übernehmen wollte, daß nach der blutigen Arbeit, welche die Eroberung Bosniens gekostet, der Besitz dieser Provinz aufgelassen werden solle. Machen wir uns daher gefaßt, viel oratorisches Stroh gegen die Politik des Grafen Andrassy und ihre Konsequenzen dreschen zu sehen; die Abstimmungen werden schließlich doch dem derzeitigen Chef des Wiener auswärtigen Amtes nicht wehe thun. Einstweilen scheinen den Grafen Andrassy diese parlamentarischen Eventualitäten in seiner Gemüthsruhe noch wenig zu affiziren; er hat, wie es das gegründete Aussehen hat, wieder ein bischen mit der türkischen Konvention seinen Zeitvertreib. Die Konvention, in ihrer Seeschlangennatur, hat wieder einmal ihren Kopf und Schweif blicken lassen.

In Konstantinopel scheint der Sultan in Folge von Nachrichten über die Fortschritte der österreichischen Waffen etwas weicher gestimmt worden zu sein, und hier ist man, so gegenstandslos eigentlich jetzt die Konvention auch ist, doch nach wie vor bereit, zu unterzeichnen — um strikte dem Berliner Vertrag gerecht zu werden. Vielleicht existirt für die Unauslöschlichkeit der diesseitigen Konventions-Geneigtheit noch ein anderer Grund, der alle dings auch auf das Bedürfniß hinausläuft, ja nur in vollem Einklange mit dem Berliner Vertrage zu bleiben.

Provinzielles.

Stettin, 27. September. Vom 1. Oktober ab wird der Retourbillet-Verkehr zwischen den Stationen und Haltestellen der Bahnstrecke Wangerin-Konitz erweitert. Näheres ist bei sämmtlichen Stationen und Haltestellen vorbezeichneter Linie zu erfahren.

— Am 1. Oktober d. J. wird die Bahnstrecke „Neustettin - Rügenwalde - Stolpmünde" dem Verkehr übergeben.

— Der Militär-Intendant des 2. Armee-Korps, Wirkl. Geh. Kriegsrath Riecks, ist auf seinen Antrag zum 1. Dezember d. Js. mit der erdienten gesetzlichen Pension und der Erlaubniß zum weiteren Tragen seiner bisherigen Uniform in den Ruhestand versetzt worden.

— Dem Kreisgerichts-Sekretär, Kassen-Kontroleur und Sportel-Revisor Semrau zu Stargard ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Charakter als Rechnungsrath verliehen.

— In der Nacht vom 23. zum 24. d. M. wurde dem Restaurateur Schulz, Galgwiese 12 aus einem verschlossenen Stalle ein hochtragendes Schaf im Werthe von 15 Mk. und dem in demselben Hause wohnenden Handelsmann Krähmer aus verschlossenem Taubenschlag 7 Tauben im Werthe von 3,50 M. gestohlen.

— Auch heute meldet der Polizeibericht wieder den Diebstahl eines Ueberziehers; derselbe, im Werthe von 45 M., wurde einem Goldarbeiterlehrling im Rathskeller gestohlen.

Swinemünde, 25. September. Gestern Vormittag ist die Panzerkorvette „Sachsen" glücklich hier angelangt. Dieselbe ist ein sehr stattliches Schiff, von bedeutenden Dimensionen. Die Länge beträgt 90 Meter, die Breite ca. 18 Meter, die Tiefe im Raum ungefähr 9 Meter und der mittlere Tiefgang etwas über 5 Meter. Sie ist aus Holz gebaut und sowohl innen als auch außen bis ungefähr zur mittleren Tiefe mit einem Panzer versehen, also doppelt gepanzert. Die Panzerung beträgt in der Mitte 18 Zoll und verjüngt sich nach dem Vorder- und Hintertheil bis auf einige Zoll. Das Eigenthümliche der Bauart liegt hauptsächlich darin, daß die Reeling des Schiffes nicht mit dem Bord gleich ist, sondern von der Außenkante mehrere Fuß zurückgerückt ist, daß das Schiff durch Einlassen von Wasser bis über das Deck hinaus unter Wasser gesetzt werden kann und daß der Vorder- und der Hintertheil vollständig zerschossen werden können, ohne daß das Schiff untergehen oder dadurch in einen vertheidigungslosen Zustand versetzt werden kann. Die Korvette hat 2 Maschinen von zusammen 4000 Pferdekraft und zwei vierflügelige Schrauben, führt aber nur einen eisernen Hintermast, der zum Ausguck und zum Signalisiren bestimmt ist. In der Mitte befinden sich 4 Schornsteine und nicht weit davon der eine gepanzerte Thurm, während der zweite auf dem Vorderschiff befindlich ist. Der Erstere ist zur Aufnahme von 4, der Letztere von 2 Geschützen schweren Kalibers eingerichtet; die Panzerung derselben soll über 30 Zoll stark sein. Das Gewicht des ganzen Schiffes beträgt 120,000 Centner und ist dasselbe lediglich nur zur Küstenvertheidigung bestimmt.

Greifswald, 26. September. Auch in Wolgast hat sich die Kaufmannschaft dem Vernehmen nach gegen die Einrichtung einer „Handelskammer" in Strelsund ausgesprochen. Bei Berathung dieser Angelegenheit hat sich herausgestellt, daß die kleinere Zahl der hochbesteuerten Handelsbeflissenen nicht in Barth und Stralsund, sondern in Greifswald und Wolgast sind.

— Heute feierte Herr Schmüser sein 50jähriges Bürger- und Meisterjubiläum als Schmied. Die hiesige Bürger-Ressource ertheilte ihm die Ehren-Mitgliedschaft und ließ dem Jubilar durch seinen Vorstand gratuliren.

— Gestern verunglückte der Sohn des Färbermeisters O. auf höchst traurige Weise: Der noch nicht vier Jahre alte Knabe spielte in der Werkstatt des Vaters, wo ihm unglücklicher Weise eine Flasche mit Nordhäuser Schwefelsäure in die Hände fiel, von der er kostete. Nach unsäglichem Leiden starb das Kind gegen Abend.

Stralsund, 25. September. Der bisherige Lehrer an der hiesigen Realschule Hermann Borgwardt ist als ordentlicher Lehrer an das Gymnasium zu Neustettin berufen.

Stadt-Theater.

„Die Herren Eltern." Lebensbild in drei Akten nach dem Englischen des Herrn H. J. Byron, bearbeitet von Hermann Hirschel.

„Die Literatur hat unermeßliche Massen von beschriebenem und bedrucktem Papier angehäuft, aber geschaffen eigentlich sehr wenig." Dieser von dem geistreichen, satirischen Schriftsteller Johannes Scherr bezugs der chinesischen Literatur gethane Ausspruch findet in jedem Worte auch seine berechtigte Anwendung und Bestätigung auf unsere heutige Literatur. Wenngleich wir ja unter den modernen literarischen Erzeugnissen hier und da auf höchst werthvolle Geistesprodukte stoßen, so stehen diese, unter der Unmasse von Dichtungen, immerhin so selten und vereinzelt da, daß sie nicht im Stande sind, den Anforderungen nach geistigem Genuß dauernd zu genügen. Es findet dieser Mangel gehaltvoller Dichtwerke, der gerade durch die Bühne am klarsten hervortritt, vorwiegend darin seine Ursache, daß die Kunst zur Mache geworden ist. Während früher der Dichter durch sein Werk dem Volke das Edle, Erhabene, Große, Ideelle vorführen wollte, ist es heute dem Dichterhandwerker nur um den Daumenkitzel und materiellen Erfolg zu thun und wohl sagt Scherr treffend:

Der echte Poet, in Ernst und Scherz,
Wollt' stets bewegen der Hörer Herz.
Die heutigen finden des Strebens Ende,
Wenn sie bewegen der Hörer Hände. —

Es ist bei diesem vorherrschenden Prinzip daher nur zu loben, wenn man der Literatur des Auslandes durch treffliche Uebersetzung bei uns Eingang zu verschaffen sucht und sich so bemüht, entstandene Lücken auszufüllen. Indeß sollte man dann sein Augenmerk auch nur auf wirklich poetische Werke richten. Das uns gestern vorgeführte Lebensbild: „Die Herren Eltern" wäre besser unübersetzt geblieben. Wenn Theaterzeitungen von einem großen Erfolg dieses Stückes an zwanzig, dreißig Bühnen berichten, so kennzeichnet dies leider wieder nur den Geschmack unserer heutigen Zeit. Auch hier hat sich dasselbe einer beifälligen Aufnahme zu erfreuen gehabt, doch setzen wir den Erfolg weniger auf Rechnung des poetischen Werths dieser Uebersetzungsarbeit, als vielmehr auf die derselben von den Darstellern mit großer Liebe zu Theil gewordene Ausführung. Sehen wir von den Herren Engelsdorff und Dietz, mit deren Leistungen wir uns vorläufig noch immer nicht befreunden können, ab, so wurde das Lustspiel, nach jeder Richtung hin, befriedigend zur Darstellung gebracht. Frl. Friedhoff gefiel uns als „Hedwig" sogar ausgezeichnet und wenn sie sich auch nicht an die Vorschrift des Dichters (wir sprechen hier nur von der Uebersetzuug, da uns das Original nicht vorliegt) gehalten hat, uns vielmehr eine ganz andere, mehr Sympathie erweckende Hedwig vorführte, als dieser sie sich gedacht zu haben scheint, so schreiben wir doch gerade dieser Metamorphose besonders den günstigen Erfolg des ganzen Stückes zu. Daß wir diesen etwa ausschließlich der oft etwas zu drastischen Komik des „Schliemann" anrechnen sollten, wird selbst Herr Hirthe nicht verlangen, der, so leidlich und glücklich er seinen Part auch durchführte, mit seinen unerwünschten Stegreifwitzen doch nur die oberen Regionen zur Heiterkeit animiren konnte. Der „Adolf von Bardenstein" des Herrn Linzen war recht gelungen, ebenso leistete Frl. Hennies als die leichtlebige, stets heitere „Julie Rudolf" recht Annehmbares. Frl. Frentzel bot uns als „Clarissa" die Repräsentantin einer liebenswürdigen alten Jungfer, die trotz ihrer edlen Abkunft es nicht unter ihrer Würde hielt, ihre Netze, leider vergeblich, nach dem reichen Butterhändler Schliemann auszulegen. Sie führte ihre Rolle höchst geschickt und ansprechend durch. Herr Ziesenitz als „Jochen" und Frl. Adolphi als „Lene" trugen zur Erheiterung des Auditoriums wie dem „Erfolg" des Stückes ihr gut Theil bei.

Vermischtes.

— Der erste Verwaltungsbericht, welchen der im Jahre 1877 eingesetzte Generaldirektor des egyptischen Postwesens über das seiner Leitung übergebene Verkehrsinstitut erstattet hat, enthält über die Geschichte und die Handhabung der Posten im Pharaonenlande interessante Mittheilungen, denen wie das Nachstehende entnehmen:

Die erste Organisation der egyptischen Staatsposten datirt aus dem Anfang des Jahres 1865. Zu dieser Zeit übernahm die Regierung des Khedive die Leitung des bis dahin als Privateinrichtung betriebenen Postdienstes in Egypten. Die in Eile vollzogene Organisation hielt nicht Schritt mit der schnellen Steigerung des Postverkehrs; die Ausgabe stand nicht in richtigem Verbä tniß zu den Anforderungen des Dienstes. Da diese Sachlage von Jahr zu Jahr bedenklicher wurde und schließlich die Regelmäßigkeit des Postdienstes in Frage zu stellen drohte, so nahm man eine durchgreifende Umgestaltung der oberen Verwaltungsbehörden vor. In Folge dessen hat sich das Defizit, welches noch im Jahre 1876 sich auf 320.235 Piaster belaufen hatte, während des Jahres 1877 in einen Ueberschuß von 1,298,271 Piaster verwandelt. Der Bericht versichert, daß diese Ersparnisse ohne jede Beeinträchtigung der Sicherheit und Schnelligkeit des Postdienstes erreicht worden sind. Unter den im Jahre 1877 durchgeführten Erweiterungen des Postdienstes verdient in erster Linie die Einrichtung von Postanstalten in Kordofan, Darfur, Fashouda, Sennaar und Fazoglu erwähnt zu werden. Die Zahl der im Jahre 1877 beförderten Briefe betrug 1,918,651, die der Drucksachen und sonstigen Gegenstände 711,778. Von diesen Sendungen wurden 37,044 unter Einschreibung befördert. Die Geldsendungen im Innern des Landes mittelst Postanweisungen oder in baarem Gelde betrugen 52,007 Stück zum Gesammtbetrage von 1,211,951,706 Piastern gleich 12,500,000 Pfd. Sterling. Zu bemerken ist, daß dieser verhältnißmäßig sehr bedeutende Geldverkehr sich ohne irgend welchen Verlust oder Irrthum abgewickelt hat. In Folge des Beitritts Egyptens zum Allgemeinen Postverein hat die egyptische Postverwaltung bedeutende Opfer bringen müssen, für welche sie noch keinen Ersatz durch die Steigerung des Postverkehrs mit Europa gefunden hat. Das Personal der egyptischen Postverwaltung war am 31. Dezember 1877 wie folgt zusammengesetzt: 1 General-Direktor, 1 Vice-General-Direktor, 2 Divisions-Chefs, 6 Sektions-Chefs, 22 Bureau-Vorsteher, 186 Beamte, 127 Wächter, Diener etc., 13 Kahnführer, 15 Agenten in Ober-Egypten und dem Sudan, 195 Kourière (davon 130 für den Dienst in Ober-Egypten), 147 Kameelführer (in Ober-Egypten und dem Sudan); im Ganzen also 716 Köpfe. Die Regelmäßigkeit und Sicherheit, mit welcher der Postdienst gehandhabt worden ist auf den Bahnlinien bis Siut und Suez, durch die nubische Wüste bis Kartum über das rothe Meer bis Zeyla und in den Ländern der Levante bis Konstantinopel, liefern einen Beweis für den Pflichteifer der Beamten.

Literarisches.

Keller, der preußische Staat. Den geehrten Lesern können wir das Buch warm empfehlen. Es behandelt zunächst Land und Volk in Preußen auf Grund umfassender statistischer Studien, die Volksstämme, die Stände, die Bewegung der Bevölkerung, Wohnplätze und Gebäude, dann untersucht es die physische und technische Kultur, Bergbau, Landbau, Gewerbe und Industrie, und führt uns endlich in die Verfassung und in die Verwaltung des Landes ein. Das Buch bietet uns also ein vollständiges Bild unseres Vaterlandes.

Im Verlage von Gustav Hempel in Berlin erschien eine neue von E. Lademann besorgte Ausgabe des „Strafgesetzbuchs" für das deutsche Reich, welche nicht nur den vollständigen Text nebst den Einführungsgesetzen etc. enthält, sondern auch jedem Paragraphen die dazu ergangenen Entscheidungen des preußischen Obertribunals und der anderen höchsten deutschen Gerichtshöfe beifügt. Diese Entscheidungen, gegen 400, seit der Emanation bis in die neueste Zeit reichend, und bis jetzt noch nirgend in solcher Vollständigkeit gesammelt, sind von höchster Wichtigkeit, weil sie die maßgebenden Erläuterungen der einzelnen Bestimmungen bilden, die, wie es in der Natur der Sache selbst begründet, sehr dehnbar gehalten sind und sein müssen. Mit Recht glaubt der Herausgeber eine nützliche Arbeit unternommen zu haben, die durch die bevorstehende Justizreform nichts an ihrem Werthe verliert. In Taschenformat gedruckt ist auch der Preis von 2,80 Mark ein sehr mäßiger.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 26. September. Der Kaiser, die Kaiserin und der Kronprinz trafen heute Mittag 12 Uhr, unter dem Geläute sämmtlicher Glocken, mittelst Extrazuges auf dem hiesigen Centralhofe ein und begaben sich alsbald zu Wagen durch die reich und festlich geschmückten Straßen, überall von den brausenden Jubelrufen der begeisterten Bevölkerung begrüßt, nach dem Heumarkte, wo das Denkmal König Friedrich Wilhelm III. enthüllt werden sollte. Die Feier begann mit einem Choral, an welchen sich ein von dem Kölner Männer-Gesangverein vorgetragenes Festlied anschloß. Nach der darauf vom Oberbürgermeister Dr. Becker gehaltenen Festrede gab der Kaiser das Zeichen zur Enthüllung und begrüßte entblößten Hauptes das Denkmal seines Königlichen Vaters, während die umstehende Menge begeisterte Zurufe erschallen ließ. Darauf traten der Kaiser und die Kaiserin mit den anderen Fürstlichkeiten aus dem Pavillon, in welchem dieselben der Enthüllungsfeier beigewohnt hatten und gingen unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Becker um das Denkmal herum. Bei der Rückkehr nach dem Pavillon ließ sich der Kaiser das Festkomitee vorstellen und begrüßte die Generalität. Kurz vor 1 Uhr brachen der Kaiser und die Kaiserin, nachdem dieselben vor den Pavillon getreten waren und huldvoll nach allen Seiten gegrüßt hatten, zur Rückkehr auf. Die Rückfahrt nach dem Bahnhofe war abermals von unaufhörlichen begeisterten Kundgebungen der Bevölkerung begleitet, die in dichten Massen schon Stunden lang des Anblicks des Kaisers und der Kaiserin geharrt hatten. Punkt halb zwei Uhr führte ein Extrazug den Kaiser und die Kaiserin nach Koblenz zurück. Der Kronprinz wird dem heute Abend im Gürzenich stattfindenden Festbankette beiwohnen.

Wien, 26. September. Heute ist hier eine Deputation des russischen Lubow'schen Husaren-Regiments eingetroffen, um dem Erzherzog Karl Ludwig zu seinem 25jährigen Jubiläum als Chef dieses Regiments die Glückwünsche des Kaisers Alexander zu überbringen.

Wien, 26. September. Die „Polit. Corresp." veröffentlicht folgende Meldungen aus Konstantinopel von heute:

Gerüchtweise verlautet, es sei, in Folge des Widerstandes des Sultans gegen die von England für die asiatischen Provinzen vorgeschlagenen Reformen, ein Zerwürfniß zwischen dem englischen Botschafter Layard und dem Sultan eingetreten.

Die russische Armee konzentrirt sich nach dem Abmarsch von Thardag-Rodosto vollständig um Adrianopel, die türkischen Brigaden rücken von Bulair nach und nach in die von den Russen verlassenen Stellungen ein.

Aus Bukarest: Die Anerkennung des von dem Fürsten angenommenen Titels „Königliche Hoheit" ist von Seiten Oesterreichs, Italiens und Englands bereits erfolgt. Ueber die Stimmung der Bevölkerung in der Dobrudscha bezüglich der eventuellen Besitzergreifung durch Rumänien sind der Regierung sehr befriedigende Nachrichten zugegangen, von einem Widerstande der bulgarischen oder der muhamedanischen Bevölkerung ist keine Rede mehr; alle Aufreizungsversuche sind wirkungslos geblieben.

Prag, 26. September. In der heutigen Landtagssitzung wurde von Rieger und Genossen der Erlaß einer Adresse an den Kaiser und die Einsetzung einer aus fünfzehn Mitgliedern bestehenden Kommission behufs Vorberathung der Adresse beantragt. Der Oberstlandmarschall erklärte, daß er den Antrag drucken lassen und dann nach Maßgabe der Geschäftsordnung weiter behandeln werde.